

Erster Kreistag seit Ausbruch der Corona-Pandemie

Der erste Kreistag nach Ausbruch der Corona-Pandemie gestaltete sich schwierig. So musste wegen der vorgeschriebenen Abstandsregeln der Sitzungsort von Pinneberg nach Elmshorn in die Kantine des Kreishauses verlegt werden. Nach 90 Minuten musste eine längere Pause eingelegt und der Raum gelüftet werden. 1,5 m Abstand mussten eingehalten werden, das Mikrofon musste nach jedem Redner mit einem neuen Plastiküberzug versehen werden, und bis man seinen Platz erreicht hatte, galt Maskenpflicht. Nicht jeder hatte diese Regeln verinnerlicht. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Hannes Birke vergaß mehrfach, seine Maske aufzusetzen, wenn er ans Mikrofon oder zurück ging, und mit dem Plastiküberzug hatte er seine liebe Not. So musste er sich manch kritischen Zuruf gefallen lassen.

Kreispräsident Helmuth Ahrens hatte sich vorgenommen, wegen der doch erheblichen Einschränkungen den Kreistag in 60 – 90 Minuten abzuhandeln. Das hätte erfordert, dass der Ältestenrat sich darauf geeinigt hätte, Anträge, die nicht unbedingt notwendig wären, zurück zu ziehen oder wenigstens auf lange Redeschlachten zu verzichten. Das war mit Birke (SPD) allerdings nicht zu machen. So blieb dem Kreistag nichts anderes übrig, als fast die gesamte Tagesordnung mit 29 Punkten und zahlreichen Unterpunkten abzuhandeln. Völlig unverständlich blieb, warum die AfD auf der von ihr beantragten „Aktuellen Stunde“ zum Thema „Auswirkungen von Corona auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Kreises Pinneberg“ beharrte. Keine andere Fraktion nahm Stellung zu dem Thema, so dass es eine gespenstische Aktuelle Stunde wurde, zumal sehr viele Abgeordnete die Gelegenheit wahrnahmen, bei strahlendem Sonnenschein noch etwas frische Luft zu schnappen. Erhellendes war vom Fraktionsvorsitzenden der AfD ohnehin nicht zu vernehmen. Sein Redebeitrag beschränkte sich weitgehend auf eine Art Sachstandsbericht und bot nichts wirklich Neues.

Erster Höhepunkt des Kreistages war die Änderung der Schülerbeförderungssatzung. Die SPD wollte die komplette Übernahme der Kosten in den Nachtragshaushalt einstellen. CDU, Grüne und FDP wollten das Thema in die Doppelhaushaltsberatungen vertagen, was von Birke heftig kritisiert wurde, denn der Fachausschuss befasse sich schließlich bereits seit Januar 2020 damit.



Kerstin Seyfert machte deutlich, dass die CDU-Fraktion bereits seit Sommer 2019 die Problematik auf der Agenda habe, als sie darüber mit Oberstufenschülern im Fraktionsvorstand diskutiert und anschließend das Thema in die Kreisgremien eingebracht habe. Im Übrigen wolle die CDU die Schülerbeförderungssatzung auch nicht „verschleppen“, sondern bei den Doppelhaushaltsberatungen auf den Weg bringen. Außerdem sei es nicht nachvollziehbar, dass im Fachausschuss die SPD geschlossen für die Vertagung gestimmt habe und Birke (SPD), der dem Fachausschuss gar nicht angehöre, nun alles auf den Kopf stellen wolle. Unter den Fraktionen gebe es jedenfalls keinen Dissens über das weitere Vorgehen. Natürlich folgten die Sozialdemokraten anschließend ihrem Vormann und stimmten anders ab als im Fachausschuss.

Martin Balasus (CDU) machte vor der Abstimmung noch deutlich: Ein solch wichtiges Thema sollte von Birke gerade in dieser sensiblen Situation nicht benutzt werden, um billige Parteipolitik zu machen.

Das nütze weder den Schülerinnen und Schülern noch der SPD. Er sprach sich dafür aus, das Thema an geeigneter Stelle fundiert, sachlich und unaufgeregt zu beraten.



EDITORIAL



Liebe Leserinnen und Leser,

es ist geschafft! Am vergangenen Mittwoch hat der Kreistag mit großer Mehrheit die Senkung der Kreisumlage um weitere 2 % beschlossen. Das war vor einigen Monaten nicht unbedingt absehbar. Trotz anfangs erheblichen Widerstands aus der SPD-Fraktion hat die CDU immer an dem Vorhaben festgehalten, die Kommunen im Kreis Pinneberg nachhaltig zu entlasten. Die Corona-Pandemie mit der Unwägbarkeit ihrer Auswirkungen auf die Kostenstruktur des Kreises hat uns die Entscheidung nicht leichter gemacht, an unserem Versprechen festzuhalten. Wir waren aber fest entschlossen, Entlastungen für Städte und Gemeinden in Millionenhöhe auf den Weg zu bringen. Mitentscheidend dafür, dass die Kommunen erst einmal über die Runden kommen, dürfte sein, dass die Umlage zum 01.01.20 rückwirkend gesenkt wurde. Insgesamt werden Städte und Gemeinden damit in den beiden Jahren des Doppelhaushaltes 2019/20 um ca. € 23 Mio. Euro entlastet.

Das wird für den Kreis selber auch zu Einschränkungen führen, nicht alles Wünschenswerte wird künftig schnell realisierbar sein, und der Doppelhaushalt 2021/22 wird uns vor große Herausforderungen stellen. Die Zukunft wird aber zeigen, dass die Entscheidung richtig war, den Städten und Gemeinden gegenüber Wort zu halten und damit unsere Verlässlichkeit unter Beweis zu stellen.

Passen Sie auch im Urlaub weiter auf sich auf, und erholen Sie sich gut.

Mit besten Grüßen, Ihre

Heike Beukelmann
Fraktionsvorsitzende

Nachtragshaushalt 2020



Die Finanzausschussvorsitzende Britta Krey brachte den 1. Nachtragshaushalt und den Stellenplan für das Haushaltsjahr 2020 in den Kreistag ein. Er war erforderlich geworden, um die notwendigen Stellen für das KiTa-Gesetz sowie die Umsetzung des BTHG einzuwerben. Bedingt durch die Corona-Pandemie konnte der Nachtrag nicht wie geplant im April verabschiedet werden.

Die Finanzausschussvorsitzende nannte die Eckdaten, die dem Nachtrag zu Grunde liegen: Einnahmen von ca. 563 Mio. Euro stehen Ausgaben von 557 Mio. Euro gegenüber, was zu einem Jahresergebnis von 6,9 Mio. Euro führe, so Britta Krey. Der Finanzausschuss habe in seiner Sitzung am 22.06.20 mehrheitlich beschlossen, die Kreisumlage rückwirkend zum 01.01.2020 um 2 Punkte auf 35,25 % zu senken. Das mache 8,6 Mio. Euro aus, was im Ergebnishaushalt zu einem Minus von 1,6 Mio. Euro führe.

Der Stellenplan steigt um 38 auf insgesamt 828 Stellen, insbesondere bedingt durch Pflichtaufgaben (KiTa-Gesetz sowie BTHG) mit allein 21 Stellen. Die restlichen Stellen sind in verschiedenen Bereichen durch Personalbedarfsmessungen ermittelt und von den einzelnen Fachausschüssen beschlossen worden.

Für die CDU-Fraktion erklärte Britta Krey, dass der Antrag zur Senkung der Kreisumlage von den Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gemeinsam eingebracht werde. Im Doppelhaushalt 2019/20 sei die Umlage für 2019 auf 37,00 und für 2020 auf 37,25 festgelegt worden, beides mit dem klaren Signal an die Kommunen, zum Nachtrag 2020, wenn irgend möglich,

eine weitere Senkung vorzunehmen. Es sei zu begrüßen, dass dieses starke Signal an die Kommunen und damit auch an die Bürgerinnen und Bürger des Kreises Pinneberg gegeben werden konnte, obwohl die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie noch nicht absehbar seien. Vor dem Hintergrund der noch nicht eingepreisten Mittel aus dem „Corona-Konjunkturpaket“ des Bundes und einer Ergeb-

nistrücklage in Höhe von 10 Mio. Euro sei das Minus im Ergebnishaushalt aber vertretbar. Entscheidend sei, dass die Kommunen des Kreises Pinneberg durch die Initiative der CDU-Fraktion um insgesamt ca. 23 Mio. Euro entlastet worden seien. Britta Krey: „Ich bin stolz auf jeden einzelnen Euro!“

Sie nahm auch kurz Stellung zur Pressemitteilung der SPD zum Nachtragshaushalt, die sich anhöre, „als wären wir bereits bei der Verabschiedung des Doppelhaushalts“. Sie machte deutlich, dass die CDU weder gegen ein Gründer- und Innovationszentrum noch gegen die Reform der Schülerbeförderung sei. Die CDU sei aber dagegen, so etwas mal eben in einen Nachtrag zu schreiben. Beides solle ordentlich in die Beratungen zum Doppelhaushalt einfließen, und die würden nicht in 2 Jahren sondern in etwas mehr als 2 Monaten beginnen. Alles andere sei „Effekthascherei“!

Abgeordneten wie Besuchern fiel während der Debatte auf, wie fahrig, unkonzentriert und zusammenhanglos der mittlerweile 80-jährige SPD-Fraktionsvorsitzende Birke, lange Zeit selbst Finanzausschussvorsitzender im Kreistag, auf die Haushaltsrede von Britta Krey reagierte. Unter anderem verriet er, dass aus seiner Sicht die Kreisumlagen-senkung niemanden voran bringe. Die SPD habe sich aber dennoch entschlossen, ihr zuzustimmen, weil sie angeblich bereits im April den Sozialdemokraten in den Kommunen die Senkung der Kreisumlage versprochen hätten (Anmerkung der Redaktion: Bürgermeisterinnen und Bürgermeister haben aus den Abstimmungsgesprächen zur Kreisumlage seine Haltung etwas anders in Erinnerung).



BRITTA KREY

**Im
Profil:**

Martin Balasus



wurde 1986 im Wedeler Krankenhaus geboren. Zeitlebens wohnt er in Moorrege mit Ausnahme seiner Studienzeit in Flensburg und Kiel, wo er Germanistik und Geschichte auf Gymnasial-Lehramt studierte. Er ist verheiratet und Vater von Johann (2 ½ Jahre und Hanne (2 ½ Wochen).

Nach dem Studium zog er in das Haus seines Großvaters, der auf dem Areal eine Gärtnerei betrieben hatte.

2016 trat Martin Balasus der CDU bei, wo er sofort als bürgerliches Mitglied sowohl in der Moorreger Gemeindevertretung als auch im Pinneberger Kreistag jeweils im Schulausschuss eingesetzt wurde. 2018 wurde er direkt in den Kreistag gewählt. Hier ist er ordentliches Mitglied im Ausschuss für Schule, Kultur und Sport, und auch als Beisitzer im CDU-Kreisvorstand hat er einen bildungspolitischen Schwerpunkt gesetzt. Daneben hat er sich u.a. massiv für die Senkung der Kreisumlage eingesetzt.

Sein Interesse gilt aber auch der Umweltpolitik. An der Organisation und der Durchführung der CDU-Baumpflanzaktion im vergangenen Jahr hat er sich maßgeblich beteiligt.

Seit Juni 2020 ist er zusätzlich in die Moorreger Gemeindevertretung nachgerückt, zeitgleich mit der Wahl seines Vaters Wolfgang Balasus zum Bürgermeister der Gemeinde Moorrege.

Seine Hobbies bewegen sich fast ausschließlich im Bereich Sport. So spielt er Tennis, früher mehr als heute. Er segelt gern, joggt viel, und jeden Freitag spielt er Fußball in der Lehrermannschaft.

Im Kreistag hat Martin Balasus sich in kürzester Zeit zu einem der größten Hoffnungsträger der CDU-Fraktion entwickelt. Seine Kompetenz in bildungspolitischen Fragen ergänzt er eindrucksvoll durch Zuverlässigkeit, gute Rhetorik, analytisches Denken und sein ganz besonderes Engagement.

Splitter aus dem Kreistag

Kreispräsident Helmuth Ahrens gedachte vor Eintritt in die Tagesordnung des verstorbenen ehemaligen Kreistagsabgeordneten Uwe Dohrn (SPD).

Darüber hinaus gedachte er aber auch des in den USA ermordeten schwarzen Amerikaners George Floyd. Der Kreispräsident fand deutliche Worte gegen Rassismus überall auf der Welt, warnte aber auch vor ausufernder Gewalt gegen Polizeibeamte in Stuttgart und anderswo.

Anschließend bedankte sich Helmuth Ahrens im Namen des Kreistages bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Gesundheitsamtes für ihr großartiges Engagement bei der Eindämmung des Corona-Virus und ehrte stellvertretend für diese die Leiterin Angelika Roschning. Ein weiterer Dank galt dem ausscheidenden Pressesprecher des Kreises, Oliver Karstens.



Das Radverkehrskonzept des Kreises Pinneberg wurde vom Kreistag mehrheitlich gebilligt, ebenso wie die Anpassung der Richtlinie zur Förderung des Radverkehrsinfrastruktur-Ausbaus.



Dagegen wurde der Nachtrag und der Stellenplan von der AfD abgelehnt, ebenso wie die Richtlinien zur Vergabe von Stipendien bzw. der praxisintegrierten Ausbildung und das Konzept für eine Traumaambulanz im Kreis.

TERMINE

Juli 2020: SOMMERFERIEN

Montag, 06.07.2020, 19.00 Uhr:
Erweiterter CDU-Fraktionsvorstand –
Elmshorn, Kreishaus

Mittwoch, 08.07.2020, 19.00 Uhr:
Sitzung der CDU-Fraktion –
Elmshorn, Kreishaus

Fraktionsvorstand und Redaktion
„NewsLetter“ wünschen allen
Leserinnen und Lesern

„Schöne Ferien!“

Passen Sie auch weiterhin auf sich
und andere auf,
und kommen Sie gut erholt wieder.

Es gibt übrigens auch weitgehend
sichere Urlaubsorte . . .



Haderslev in Dänemark. Heisager Strand

IMPRESSUM

Herausgeber: Der Vorstand der CDU-Fraktion
im Pinneberger Kreistag

Redaktion/Produktion: Burkhard E. Tiemann

Fotos: CDU, B. E. Tiemann

Redaktionsadresse:

CDU-Kreisgeschäftsstelle

Rübekamp 72 | 25421 Pinneberg

Tel.: 04101 / 22927 | Fax: 04101 / 591761

Email: b-e-t@gmx.de

www.cdu-kreistag-pinneberg.de